



## **Alternativantrag**

der Fraktion der SPD

zu Drucksache 19/2630

### **Polizei gegen Rassismus und Rechtsextremismus stärken**

**"Öffentlicher Dienst muss Vorreiter beim Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus sein"**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag spricht sich gegen Rassismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aus.

Der Landtag unterstützt deshalb alle Bemühungen der Landesregierung, das Erstarken sämtlicher Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wirksam zu bekämpfen.

Der Landtag bittet daher die Landesregierung, das Werteverständnis der Mitarbeiter\*innen sowie Methoden zur Stärkung der Mitarbeiter\*innen im Öffentlichen Dienst des Landes SH gegen menschenverachtende Verhaltensweisen und die Entwicklung und Verbreitung diskriminierender Handlungen in sämtlichen Landesbehörden zu untersuchen.

Mit der Durchführung dieser Untersuchung ist eine unabhängige wissenschaftliche Einrichtung zu beauftragen.

Die konzeptionelle Ausgestaltung der Untersuchung ist im Vorwege ihrer Durchführung im Innen- und Rechtsausschuss vorzustellen.

Begründung:

Rechtsextremismus und Rassismus gefährden unsere Demokratie und das friedliche Zusammenleben.

Darum ist es erforderlich, ein stärkeres Bewusstsein für Rassismus als gesamtgesellschaftliches Phänomen zu schaffen sowie verbesserte staatliche Strukturen im Bereich der Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus zu etablieren.

Der Öffentliche Dienst trägt eine große Verantwortung dafür, dass dies gelingt: In seiner unabhängigen, ausschließlich an Recht und Gesetz orientierten Handlungsweise sorgt er für die Infrastruktur des gesellschaftlichen Zusammenlebens in Deutschland und schafft damit die Grundlage für Rechts- und Planungssicherheit. Zugleich ist er für eine verlässliche öffentliche Daseinsvorsorge da, die weitgehend gleiche Lebens- und Wirtschaftsbedingungen gewährleisten soll

Rassismus und Rechtsextremismus sind durch die starke mediale Berichterstattung besonders in den Vordergrund gerückt, wobei diese Bereiche wiederum nur einen Teilbereich gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit darstellen. Das Ziel sollte sein, menschenfeindliche Einstellungen in der öffentlichen Verwaltung zu prüfen, ggfs. zu analysieren und zukünftig zu verhindern.

Die Polizei steht als Inhaberin des Gewaltmonopols durch weitreichende Eingriffsbefugnisse im Blickpunkt der Medienberichterstattung und der Gesellschaft. Die Wertegrunderhaltung von Polizist\*innen und mögliche demokratiefeindliche und/oder rassistische Einstellungen zu untersuchen, ist richtig. Unser Anspruch an einen diskriminierungsfreien öffentlichen Dienst muss aber weiter gefasst sein.

Kathrin Bockey

und Fraktion